

# Aus ehemaliger Schreinerei soll kein Wohnraum werden

Von: ag

Letzte Aktualisierung: 19. Februar 2015, 17:33 Uhr



Ein Investor will die ehemalige Schreinerei an der B258 in Roetgen in Wohnraum umwandeln: Die Politik ist dagegen. Foto: A. Gabbert

**ROETGEN.** Ein Investor möchte die ehemalige Schreinerei an der Bundesstraße 258 in Roetgen am Ortsausgang Richtung Aachen zu Wohnungen umbauen. Die Politik ist aber dagegen und hat einer Bauvoranfrage ihr Einvernehmen versagt.

Die Politiker sehen die Umnutzung eines Gewerbebetriebs zu Wohnraum in der Nähe des geplanten neuen Gewerbegebietes kritisch.

„Wir haben in Roetgen ohnehin wenig Gewerbe. Das können wir uns so nicht erlauben“, sagte Klaus Onasch (SPD) in der jüngsten Sitzung des Bauausschusses der Gemeinde Roetgen und forderte eine Festschreibung der gewerblichen Nutzung in diesem Bereich.

Helmut Helzle (CDU) empfand eine Wohnbebauung an dieser Stelle als „nicht zweckmäßig“. Die Gemeinde solle lieber versuchen, dort wieder einen Gewerbebetrieb anzusiedeln.

Gudrun Meßing (Grüne) hatte grundsätzlich nichts gegen eine Wohnbebauung an dieser Stelle einzuwenden. Die Grünen wollen aber auch das neue Gewerbegebiet wenige Meter weiter nicht.

Franz-Josef Zwingmann hatte sich die Pläne des Investor genauer angesehen und bezeichnete die geplanten Wohnungen als „schmale Handtücher“ und „Legebatterien“ und bedauerte, nicht zustimmen zu können. Außerdem wollte Zwingmann wissen, ob an dieser Stelle nicht der gewünschte neue Bushof entstehen könne. Dafür sei die Fläche zu klein, antwortete Bauamtsleiter Dirk Meyer.

Auch Silvia Bourceau (UWG) sprach von „Käfighaltung“, das sei aber die Sache des Investors. Die Zuwegung des Grundstückes sei nicht unkompliziert und es müssten auch Grundstücke befahren werden, die nicht dazu gehörten. „Jetzt haben wir die Möglichkeit, Gewerbe anzusiedeln. Mit einer Zustimmung würden wir uns diese Chance nehmen“, sagte Bourceau.

Michael Wynands (CDU) sah ebenfalls Probleme für die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes, wenn die Schreinerei in Wohnraum umgewandelt werde.

Der Antrag des Investors wurde somit bei Enthaltung der Grünen schließlich abgelehnt. Die Verwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, ob und wie der Erhalt der Gewerbeflächen an dieser Stelle gesichert werden kann.

#### Leserkommentare